



Haupt- und Medienausschuss

25. Sitzung (öffentlich)

10. November 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Wolfram Kuschke (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, die beiden Tagesordnungspunkte zum Thema „politische Bildung“ wegen ihres fachlichen Zusammenhangs in Verbindung miteinander zu beraten, die Abstimmungen aber getrennt vorzunehmen.

Des Weiteren setzt der Ausschuss den Punkt „Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lernfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz)“ wegen weiteren Beratungsbedarfs von der Tagesordnung ab. Die Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung soll dennoch rechtzeitig – zum Beispiel in einer gemeinsamen Sitzung mit dem ASW – stattfinden.

Die Nummerierung der Punkte ändert sich entsprechend.

- 1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83)** **6**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1068 – Neudruck
- Beschlussfassung über das Beratungsverfahren
- Der Ausschuss folgt der Vereinbarung der Sprecher des federführenden Haupt- und Medienausschusses und des mitberatenden Haushalts- und Finanzausschusses und beschließt, am Donnerstag, dem 15. Dezember 2011, von 10 bis maximal 13 Uhr eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Über den Kreis der Sachverständigen und die an sie gerichteten Fragen ist bereits Verständigung erzielt worden.
- 2 Broschüre „Die Landesregierung – Die Ministerinnen und Minister des Landes Nordrhein-Westfalen“** **7**
- Vorlage 15/946
- Bericht der Landesregierung
- Staatssekretär und Regierungssprecher Thomas Breustedt (Staatskanzlei) beantwortet im Rahmen einer kontroversen Diskussion Fragen aus dem Ausschuss. – Mündlich vom Abgeordneten Lehne gestellte Fragen will die Staatskanzlei beantworten, sobald diese in schriftlicher Form vorliegen.
- 3 Die politische Bildung in nordrhein-westfälischen Schulen stärken – Schülerinnen und Schüler noch stärker über die Gefahren für die Demokratie durch Rechts- und Linksextremismus aufklären** **16**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/856
- abschließende Beratung und Abstimmung
- In Verbindung mit:

4 Politische Bildung stärken – Pluralität fördern 16

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/2364

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/856 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linker gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen Drucksache 15/2364 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linker gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

5 Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen zügig vorantreiben – Standortqualität für ländliche Räume durch bessere Versorgung erhöhen 21

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 15/2375

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2375 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linker gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

6 Verschiedenes 25**a) Reise nach Berlin am 12./13. Februar 2012 25**

Der Ausschuss beschließt, am 12./13. Februar 2012 anlässlich der Internationalen Filmfestspiele per Bahn nach Berlin zu reisen.

b) Reise nach Schweden (und Finnland) im Sommer 2012 25

Der Ausschuss erwägt, im Sommer 2012 nach Schweden (und Finnland) zu reisen.

* * *

Aus der Diskussion

Zur Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, die beiden Tagesordnungspunkte zum Thema „politische Bildung“ wegen ihres fachlichen Zusammenhangs in Verbindung miteinander zu beraten, die Abstimmungen aber getrennt vorzunehmen.

Des Weiteren setzt der Ausschuss den Punkt „Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lernfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz)“ wegen weiteren Beratungsbedarfs von der Tagesordnung ab. Die Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung soll dennoch rechtzeitig – zum Beispiel in einer gemeinsamen Sitzung mit dem ASW – stattfinden.

Die Nummerierung der Punkte ändert sich entsprechend.

